gekommen. Brandt hat dies am 25. Februar 1970 im Bundestag deutlich gesagt. Damals wurde ein Vorhang weggezogen, und es stellte sich heraus: Die Bühne war leer.

Der Antwortbrief John F. Kennedys auf einen Brief, den Willy Brandt unmittelbar nach dem 13. August geschrieben hat, um die Nöte der Stadt und insbesondere die psychologische Situation darzulegen, machte dann auch deutlich, daß es unabhängig von der Sicherung der drei Essentials wichtig war, sich nicht im politischen Status quo einzurichten. Und daraus wurden dann ganz bestimmte Konsequenzen gezogen.

Letzter Punkt, der auch die Diskussion mit Herrn Mahncke noch erwähnt: Da ich selber einer der Betroffenen der Maßnahme der Bundesregierung nach 1961 war – durch die Verlängerung der Wehrpflicht –, ist es nicht ganz richtig, wenn Sie sagen, daß es keine militärischen Maßnahmen außer dieser Verlängerung der Dienstzeit der Zeitsoldaten gegeben habe. Die Wehrpflicht wurde unmittelbar nach dem Mauerbau zunächst auf 15 Monate erweitert, ab 1962 auf 18 Monate. Soviel zur Ergänzung dessen, was Herr Mahncke gesagt hat. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU): Vielen Dank, Herr Soell. Daß es mich jetzt juckt, einiges zu sagen, möge man verstehen. Aber ich bin heute nur Moderator; deshalb gebe ich jetzt das Wort Herrn Professor Wilke, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will kurz zu einem Aspekt sprechen und den Faden weiterspinnen, den Stefan Wolle vor mir schon gelegt hat, welche Rolle das Volk von Berlin in der deutschen Nachkriegsgeschichte gespielt hat. Dabei werde ich mich auf die Grundfrage deutscher Politik nach 1945 konzentrieren: Wo gehört Deutschland hin, West- oder Ostorientierung?

Wir alle kennen das Bild. 1945 wurde auf diesem Reichstag die rote Fahne gehißt. Wir wissen auch, daß das Bild als Propagandacoup geplant wurde. Mit dem Bild wollte die Sowjetunion den Deutschen deutlich machen, wer der Sieger ist.

Die Alliierten hatten Berlin aus den Besatzungszonen herausgenommen, um hier in der Hauptstadt des bezwungenen Reiches gemeinsam als Sieger über Deutschland zu entscheiden. Keine Macht hat die Teilung explizit gewollt. Roosevelt hat in Jalta hellstichtig gesagt: Vielleicht wird aus Besatzungszonen die Teilung werden, auf die sich die „großen Drei“ in Jalta nicht einigen konnten.

Aber der Sonderstatus Berlins machte eines deutlich, über die Deutschen sollte verfügt werden, um die drei zentralen Ziele alliierter Nachkriegspolitik durchzusetzen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung.

Kollege Mahncke hat auf die Bedeutung des Besatzungsrechts als Ausgangspunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung hingewiesen. Eine Frage blieb: Wie werden die Deutschen Demokratie definieren? Dieses Kriegsende von 1945 war auch eine Niederlage all der deutschen Sonderwege, der Träumereien des 19. Jahrhunderts vom deutschen Wesen, vom Salz der Erde und dergleichen nationalistischen Unsinn. 1945 standen die Deutschen als Nation vor der Frage: Wie kommen wir aus dieser Katastrophe, die Demütigung, in die uns die Nazipolitik geführt hat und in die wir uns führen ließen, heraus? Wählen wir den sowjetischen Weg oder den der westlichen Demokratien?

Das erste, was der deutsche Widerstand, was die deutschen Demokraten lernen mußten, war, die Sieger haben das letzte Wort, und zwar in allen Besatzungszonen.

Die erste demokratische Bewährungsprobe, in der das Volk von Berlin die Weltpolitik nachhaltig beeinflusste, fand 1945/46 statt. Die Sowjetunion, die sowjetische Militäradministration in Deutschland – einer ihrer Mitarbeiter, der Herr Doemberg, sitzt ja hier im Raum – beschloß im Herbst 1945, den Einfluß der Sozialdemokratie in der SBZ zu brechen. Sie setzte die Frage der von den Kommunisten geführten Sozialistischen Einheitspartei in ihrer Besatzungszone auf die Tagesordnung. Das Frühjahr 1946 war der Zeitpunkt, als die deutschen Demokraten lernten, die deutsche Selbstbestimmung ist nur in den Besatzungszonen, in den Sektoren möglich, in denen es Besatzungsmächte gab, die selbst eine demokratische Verfassung besaßen.

Die Urabstimmung, die die Berliner Sozialdemokraten im März 1946 durchsetzten, konnte nur in den Westsektoren stattfinden. Die Mitglieder sprachen sich in überwältigender Mehrheit gegen eine sofortige Verschmelzung der Parteien in Berlin aus.

Diese Parteiwahl war die erste demokratische Wahl in Deutschland nach 1945. Diese Urabstimmung wurde dann durch die Wahlergebnisse vom Oktober 1946 bestätigt. 1946 hatten die Berliner in den Westsektoren entschieden, wir gehören zum Westen! Mit Hunger und Entbehrungen bekräftigten sie ihre Wahl in der Berliner Blockade.

An diese Grundentscheidung von 1946 in Berlin muß erinnert werden. Sie fiel vor der Gründung der Bundesrepublik. Ein symbolisches Menetekel war für die Sowjets und die SED auch Ernst Reuter, die überragende Persönlichkeit der Berliner Selbstbehauptung dieser Jahre. Er war der erste Generalsekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands, der 1921 mit der KPD brach. Mit diesem Schritt protestierte er gegen die sowjetische Politik, die mit der KPD in Deutschland verfolgt wurde. Ernst Reuter wurde Sozialdemokrat und kam aus dem türkischen Exil zurück. Vor dem Reichstag forderte er 1948 mit dem pathetischen Satz „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“ die westliche Solidarität mit der deutschen Demokratie.

Über 1961 ist genug gesagt worden. Kommen wir zur letzten Station der

Teilungsgeschichte, in der das Volk von Berlin noch einmal Weltpolitik gestaltete. Ich spreche vom 9. November 1989. Stefan Wolle hat Recht, der entscheidende Moment beim Sturz der SED-Diktatur ist der 9. Oktober 1989, als in Leipzig die Freiheit der Demonstration, die Freiheit der demokratischen Selbstbestimmung gegen die SED durchgesetzt wurde.

Am 4. November 1989 war die gesamte DDR-Opposition, vor allem die Intellektuellen und Künstler, stolz über die 500.000, die sich auf dem Alexanderplatz versammelten. Die Mauer stand noch, aber die SED wußte: Ihre Stunden sind gezählt.

Zu diesem Zeitpunkt gewann die Ausreisefrage für die gewendete SED-Führung eine explosive Dynamik. Die tschechoslowakische Regierung drohte, die Grenzen zu schließen, wenn die DDR nicht endlich eine legale Form für die Ausreise ihrer Staatsbürger in die Bundesrepublik findet. Zum Druck von außen kam der von innen; die Montagsdemonstrationen verlangten die Reisefreiheit.

In dieser Situation fand die folgenreiche Sitzung des SED-Zentralkomitees statt, auf der am 9. November 1989 das Reisegesetz beschlossen wurde. Es war, glaube ich, ein italienischer Journalist, der an diesem Abend des 9. November Günter Schabowski, den großen PR-Manager des untergehenden Politbüros fragte, wann das Reisegesetz kommt. Schabowski antwortete: Ja, wir haben eine Regelung beschlossen; ab morgen früh kann jeder Bürger, der sich bei der Volkspolizei einen Stempel geholt hat, die Grenze passieren. – Ab wann denn das gelte? – Na, ab sofort.

Es ist bezeichnend – und es ist auch ein Tadel, den ich bewußt an die Stadtregierung in Berlin adressiere –, daß sich bislang niemand darum gekümmert hat, wer war der erste, der sich aus Ostberlin aufmachte und sagte: Na gut, Schabowski hat sofort gesagt! Probieren wir es aus!

(Dr. Hartmut Soell (SPD): Da gibt es Hunderte erste!)

Es gibt aber den ersten, der an der Grenze stand und sagte: Ich will jetzt rüber nach West-Berlin! Unabhängig von der Frage, wer war an der Bornholmer Straße oder der Sonnenallee der erste am 9. November 1989; die Berliner nahmen ihr Recht auf Selbstbestimmung an diesem Abend spontan in Anspruch und sie waren es, die die Mauer öffneten.

Durch den Fall der Mauer ging es nicht mehr um die Reform der DDR, sondern um die deutsche Vereinigung. Das war die weltgeschichtliche Bedeutung des 9. November 1989.

Für die Revolutionssoziologen und -theoretiker ist vielleicht noch wichtig, die Berliner haben die erste nationale Revolution in Form eines Wiedersehensfestes gemacht. Kollege Mahncke hat uns ja vor Augen geführt, welche vielfältigen Rechtsbeziehungen es gab, welche Vorbehaltsrechte die Alliierten

in und um Berlin hatten. Die Berliner haben sich in dieser Nacht darüber hinweggesetzt.

Der Fall der Mauer, die Einforderung der deutschen Einheit fand in einer Form statt, die politisch vollkommen unangreifbar war. Es war der Souverän, es war das Volk, der dies tat, und danach mußten sich alle Mächte und alle Regierungen richten.

Das ist das große nationale Verdienst der Berliner von 1989, ihre Tat bekräftigte die Option von 1946; die Deutschen gehören zum Westen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Professor Wilke. Sie haben das Augenmerk noch einmal auf die demokratische Anfangszeit gelenkt, was sehr wichtig ist, und noch einmal an den 9. November erinnert.

Wenn die persönliche Bemerkung gestattet ist: Ich habe am 9. November ganz zufällig bei einer Konferenz von Historikern hier im Saal gestanden, und ich habe es überhaupt nicht begreifen können, als mir ein Zettel hereingegeben wurde: Die Mauer ist offen. Ich habe das nicht begriffen, nicht verstanden. Und erst beim zweiten Zettel dämmerte mir, daß das wohl auch so gemeint war.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Frau Vorsitzende, ich frage es, weil es mir schon von anderer Seite geschildert wurde: Ist es richtig, daß dann jemand aus Ihrer Begleitung versucht hat, die sowjetische Botschaft zu erreichen, um zu erfahren, ob Reaktionen der Sowjetbehörden, etwa auch der sowjetischen Armee, zu erwarten wären? Ist das richtig? So wurde mir das geschildert. Und als dort niemand erreicht wurde, hätte man in der Luftsicherheitszentrale angerufen, und ein sowjetischer Beamter hätte gesagt, die sowjetischen Panzer blieben in ihren Kasernen. – Also richtig dramatisch!

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Daß es dramatisch war, ist sicher richtig. Vor allem war es unfassbar. Allerdings ist mir von diesen Telefonaten nichts bekannt, was nicht ausschließt, daß von anderen Stellen in Berlin solche Anrufe möglicherweise getätigt worden sind. Das kann ich aber nicht bezeugen.

Herr Mitter, Sie haben das Wort. – Herr Dr. Armin Mitter, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für das Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sv. Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwar hat Herr Wilke darauf hingewiesen, daß wir heute schon eine Menge über 1961 und den Mauerbau gehört haben; ich hoffe aber, ich werde Sie mit meinen Ausführungen nicht langweilen, die sich vor allen Dingen mit der inneren Verfassung der DDR-Gesellschaft vor dem Mauerbau,